

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsort: Neudorf Dresden.
Verlagsnummer: 28 241.
Für die Nachlieferung: 20011.

Bezugs-Gebühr

in Dresden und Berolin bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 14.— M., vierteljährlich 42.— M., durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 12,50 M., vierteljährlich 37,50 M.

Anzeigen-Preise.

Die einseitige 37 mm breite Zeile 4.— M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen u. Wohnungsmarkt, Umlage für u. Verkäufe 2.— M. Bezugspreis laut Tarif. Ausland. Zustände geg. Voranschalt. Einzelpreis d. Vorabendblattes 0 Pf.

Schreibweise mit Hauptbuchstaben

Druck u. Verlag von Neudorf & Neudorf in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) möglich. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Annahme verzinslicher Bareinlagen.
An- und Verkauf von Wertpapieren.
Hinterlegungsstelle von Wertpapieren zwecks Einlösung von Zins- und Gewinnanteilscheinen.
An- und Verkauf fremder Geldsorten.

Dresdner Handelsbank

Aktiengesellschaft

Gotra-Allee 9, im „Haus der Kaufmannschaft“, Schleichthofring 7,
Wollinerstraße 56, Großmarkthalle, Ellasplatz 3, Kaiserstraße 11.

Scheckverkehr.
Einziehung und Ankauf von Wechseln.
Kreditverkehr gegen Wertpapiere und Waren.
Vermietung von feuer- und einbruchsicheren Stahlwänden unter Verschluss des Mieters und Mitverschluss der Bank.

Die Deutschen Werke bleiben!

Die Anordnungen des Generals Nollet. — Der französische Wollenschwindel. — Konkurrenzmanöver
Unterredung mit dem Generaldirektor der Deutschen Werke

Von Josef M. Jurinell, München.

Soeben läuft aus dem „Echo de Paris“ die Sensationsmeldung durch die Presse der ganzen Welt: Auf Veranlassung des Herrn General Nollet die Deutschen Werke mit Ablauf dieses Jahres geschlossen und veräußert werden. Keine Verärgerung hat ob dieser brutalen Meldung im deutschen Volke Platz gegriffen. Es traf sich, daß zufällig am Tage der Veröffentlichung dieser Pariser Floskeln der Generaldirektor der Deutschen Werke Weinitz in München war, um die bayerischen Reichswehr in München, Lechau, Ingolstadt und Amberg zu beschäftigen. Meine Bitte um eine Unterredung wurde bereitwillig erfüllt. In etwa 15-minütiger Unterredung über das Grundthema „General Nollet und die Deutschen Werke“ führte Generaldirektor Weinitz folgendes mit aller Offenheit aus:

Die Nachricht des „Echo de Paris“, daß auf Verlangen des Herrn General Nollet die Deutschen Werke mit Ablauf dieses Jahres geschlossen und veräußert werden müssen, ist falsch. Ich will diese Unterredung mit Ihnen dazu benutzen, um einmal vollste Klarheit über das Schicksal der Deutschen Werke zu schaffen.

Als im Herbst vorigen Jahres die Anordnungen der Internationalen Militärkonferenzkommission — abgefaßt von J. M. A. — gegenüber den Deutschen Werken so schärf wurde, daß ihre Durchführung die Existenz einzelner unserer Betriebe ernstlich bedrohte, sah ich mich genötigt, die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf diese Vorgänge zu lenken. Nachdem alles Material gesammelt und überflüssig zusammengepackt war, wurde es den Vertretern der gesamten deutschen Presse aller Vertriebsrichtungen unterbreitet und ihnen Gelegenheit gegeben, sich durch persönlichen Besuch der Werke davon zu überzeugen, daß in keinem der Betriebe irgendwelches Fabrikat wird, was auch nur entfernt mit Kriegsmaterial zusammenhängt.

Die Entente hat in dem Versailler Vertrage angedeutet, daß die ehemaligen Betriebe des Meeres und der Marine fortgeführt werden dürfen, wenn sie auf reine Friedensfabrikation umgestellt würden. Die Einrichtung dieser Verhältnisse ist der mit dieser Aufgabe betrauten Hauptverwaltung der Reichsbetriebe teils des Reichswehrministeriums unterzogenen Pflicht gemeldet worden. Die deutsche Presse hat sich davon überzeugt, daß die Hauptverwaltung diese Verhältnisse mit größter Genauigkeit eingehalten hat.

Seitverhandlich steht als Vorsitzender der J. M. A. General Nollet, sowie die Deutschen Werke in Betracht kommen, im Vordergrund des Interesses. Ich habe über Herrn General Nollet und sein Verhältnis zu den Deutschen Werken folgendes der Wahrheit entsprechend zu sagen: Nachdem durch den Versailler Friedensvertrag ausdrücklich angedeutet war, daß die ehemaligen Staatswerkstätten des Meeres und der Marine auf Friedensbetrieb umgestellt im Betrieb bleiben dürfen, verständigen Mitglieder der von Herrn General Nollet geleiteten Kommission dieses Verhältnisses immer mehr einzuschränken und schließlich in einer solchen Weise zu beengen, daß es unendlich gemein wäre, den Betrieb noch fortzuführen. Wegen dieser Verhältnisse auch von der französischen Industrie beeinflusste Forderungen müssen die Deutschen Werke Stellung nehmen. Das ist es, was ich nachträglich und Würde. Herr General Nollet hat die Werke in Spandau, Erfurt und Wolfenbüttel bei Göttingen selbst und selbst erklärt, daß die Anordnungen seiner Mitarbeiter allerdings sehr viel zu weit gingen. Er hat besonders einschneidende persönliche sofort aufgehoben und eine Reihe von Anträgen auf Berücksichtigung der Einrichtungen für Friedensfabrikation, die schon abgelehnt waren, ebenfalls sofort genehmigt. Den Vertretern der Arbeiterchaft hat er erklärt, daß durch ihn kein deutscher Arbeiter brotlos werden soll.

Die Verhandlungen, die durch den seitigen Versailler Friedensvertrag vorgeschrieben sind, sind bei den Deutschen Werken größtenteils ausgeführt und der Rest wird in kürzester Zeit ausgeführt sein. Die hauptsächlichsten Forderungen waren: Fortführung aller Sicherheits-einrichtungen gegen Explosionen in Pulverfabriken, Abtragen von Schuttmauern und Erdwällen, Befestigung wichtiger Gebäude, vollkommene Fortführung der Postämter, Werke, Unbrauchbarmachung der Pulverpressen, Fortführung aller reinen Munitionsmaschinen und Kanonendrehbänke, Fortführung der Fabrikations- und Kontrollmaschinen zur Herstellung von Patronen und Mündern, Befestigung der Verkleidungseinrichtungen für Kanonenrohre, Fortführung der Kranzentralen und ähnliches mehr. Diese Vorarbeiten sind von der Entente-Kommission in einer Weise ausgelegt worden, die nur durch blinde Behauptungen willkürlich dicker sein konnten. Jedenfalls sind Kommissionenmitglieder so weit gegangen, daß wertvolle Maschinen, die für die Friedensfabrikation jederzeit mit bestem Erfolge zu verwenden gewesen wären, zertrümmert und zerstört werden mußten. Mit allen diesen Dingen hat sich die Arbeiterchaft der Deutschen Werke, wenn auch schweren Herzens, abgefunden. Als aber der Zertrümmerungswille der J. M. A. so weit ging, nun auch noch Maschinen zerstören und zerstören zu wollen, die für die Friedensfabrikation eigens neu angeschafft waren, und als neu eingeworbene, schon zu schöner Blüte gebrachte Fabrikationen überhaupt eingestellt werden sollten,

so daß die Arbeiterchaft, die froh war, durch die schwierigen Zeiten der Umstellung glücklich hindurchgekommen zu sein, ihre Existenz aufs neue bedroht sah, da stellte sie sich einmütig hinter den Vorstand der Hauptverwaltung und erklärte, daß sie weitere Fortführungen weder vornehmen, noch zulassen würde. Die Arbeiter haben dies auch in Angedenken General Nollet mit klarem, nicht mißzuverstehenden Worten ausgesprochen.

Bei den Deutschen Werken handelt es sich um 11 über Deutschland verstreute Großbetriebe, in denen mehr als 32000 Arbeiter und Angestellte tätig sind. Die Umstellung der Betriebe war eine ungemein schwierige Aufgabe, weil in keinem einzelnen etwas anderes hergestellt wurde als Kriegsmaterial. Es galt neue Fabrikationen ausfindig zu machen, die wenigstens einige Gewähr für wirtschaftlichen Erfolg boten. Dann war es notwendig, hierfür geübte Ingenieure und Meister zu finden und zu engagieren, tüchtige Kaufleute zu gewinnen zur Einführung der kaufmännischen Durchführung und ordentlichen Administration, die bisher in den Werksbetrieben des Meeres und der Marine vollkommen gefehlt hatten. Bei der Auffstellung des Reorganisationsprogrammes war noch ein zu berücksichtigendes, nämlich der Umstand, daß die Reorganisation sehr schwieriger Art ist, eine dem Vollen unvermeidliche Anwartszeit erfordert. Der J. M. A. eine Automobilfabrik behaupten will, hat keine Möglichkeit, früher als frühestens nach drei Jahren das erste Automobil aus seiner Fabrik herausrollen zu lassen. Die Deutschen Werke fabriazieren keine Automobile, wohl aber Motorräder (in Spandau), Schleppmaschinen (in Erfurt), Wagnerschleppmaschinen und nationale Motormotoren (in Meißen), die sämtlich eine sehr lange Vorbereitungszeit erfordern. Die Herstellung landwirtschaftlicher Maschinen (in München), Trümmerschleppmaschinen (in Wolfenbüttel), Mähmaschinen (in Spandau) ist schon früher möglich; auch die Herstellung von Spinnmaschinen (in Angolstadt) erfordert, sobald es Maschinen höchster Präzision sind, keine so lange Anwartszeit wie diejenige von Schleppmaschinen. Noch leichter war mit Rücksicht auf die hohe Wichtigkeit der Arbeiter und ihre Ernährung in Präzisionswerkzeugen in Amberg, Erfurt und Spandau.

In der Zeit, die zwischen dem Entschluß, die schwierige Reorganisation einzuführen und dem Beginn der Reorganisation lag, mußten die Deutschen Werke, um die Arbeiterchaft zu erhalten, Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen, die mit der Zeit allmählich wieder annehmbar werden. Dadurch bekam das Reorganisationsprogramm auf den ersten Blick etwas Vorführendes und Barmes. Wer aber den Entwicklungsgang der Deutschen Werke darstellt, wird erkennen, daß das ganze Programm nach fast erfindbaren scharfen Richtlinien überflüssig aufgestellt ist, daß die Werke keinen Stand in Stand arbeiten, so daß man immer weitere Fortschritte macht, auf dem Wege der Verfeinerung, um zu besserer Qualitätsware zu gelangen.

Es wird beargwöhnt, daß die Erfolge der Friedensfabrikation der Deutschen Werke auch das Interesse der französischen Industrie erweckt hat und daß der Konkurrenzneid hell emporschleudert ist, um so mehr, als man glaubt, mit Hilfe des Versailler Vertrages und der Antiraktierten Militär-Kontroll-Kommission dieses aufblühende Unternehmen vernichten zu können. Dies wird wohl auch die Quelle zu finden sein, aus der fort und fort die heillosen Nachrichten in die Welt hinausdrängen, die alle Ansehenslose neue Forderungen des Herrn General Nollet melden, von denen an maßgebender Stelle in Berlin absolut nichts bekannt ist. Wenn die Entente-Kommission ausgeben, die Arbeiterchaft der Deutschen Werke; damit beunruhigen zu können, so treten sie sich anmaßlich. Die Arbeiterchaft weiß, daß der Vorstand der Hauptverwaltung trenn auf seinem Posten ist und scharf Auscheid hält, und zur rechten Zeit mit kräftiger Hand einzugreifen versteht. Ich erkläre mit aller Bestimmtheit, und damit möchte ich die Unterredung beenden: Ueber die Fortführungsbedingungen des Versailler Vertrages hinaus wird nichts geübt und nichts gefordert.

Anlageerhebung gegen 35 „Kriegsschuldige“ in Vorbereitung.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“)
Breslau, 20. Jan. Der „Tagesschau“ meldet aus Paris: Das französische Kabinett hat den Justizminister mit der Vorbereitung der Anlageerhebung gegen die unter 1 bis 35 der Antiraktierten Kämpfer namentlich aufgeführten Kriegsschuldigen beauftragt.

Gegen jeden Zahlungsnachlaß an Deutschland.

Breslau, 20. Jan. Der „Secolo“ meldet aus Paris, daß das französische Kabinett auf den englischen Vorschlag, ein Drittel der französischen Schulden von 570 Millionen Pfund Sterling unter der Bedingung freizugeben zu wollen, daß Frankreich Deutschland eine gleiche Wiederherstellungsumme erlaßt, eine ablehnende Antwort gegeben habe.

Dänische Befestigungen an der deutschen Grenze?

Kopenhagen, 20. Jan. Eine Anzahl dänischer Generäle sind in Kopenhagen eingetroffen, um an der neuen deutsch-dänischen Grenze Vermessungen zum Zwecke der Anlage von Befestigungen vorzunehmen. (Da.)

Senator Borah gegen die wahnwitzige Politik Frankreichs.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“)

Washington, 20. Jan. Senator Borah hat jetzt eine Katalisationsreise angetreten, um die Politik der Washingtoner Konferenz und deren Resultate den Bürgern in den verschiedenen Staaten bekannt zu geben. In einer Rede am Sonntag in Keosauqua, zu der vornehmlich Handelsleute und Industrielle erschienen waren, behandelte er die Konferenz nur kurz. Er sagte, daß die Konferenz die Lehre von der Vorranghaftigkeit der Gewalt nicht bekräftigt habe. Die Welt lebe noch wie vor in einer Unsicherheit, weil man sich im Washington weder dazu entschließen konnte, abzurufen, noch die moralische Forderung zu ziehen und zu erklären, daß wir nicht mehr in der Zivilisation leben. Der nächste Krieg werde nun doch geführt und zwar mit Unterbrechungen, Anzügen und Gegenanträgen, wenn man auch deren Verwendung theoretisch etwas eingeschränkt habe. In längeren Ausführungen beschäftigte sich der Senator dann mit der Zusammenfassung des Auditoriums entsprechend, mit der europäischen Frage. Er sagte: Man redet fortwährend von dem Untergang Deutschlands, ohne sich dabei etwas zu denken. Versuchen denn die Politiker nicht, daß Deutschland nicht allein untergehen wird, sondern wir hier in Amerika mit zu den Opfern gehören werden, da unsere Handelsbilanz einer Krise entgegensteht? In recht zorniger Weise äußerte Borah, es sei geradezu Wahnsinn, Frieden zu halten, wie Briand das in Amerika getan hätte, deren Geist aus der Zeit von drei bis vier Jahren zurück stammte. Wollen diese Diplomaten nicht aus der Gegenwart lernen? Die Weltgeschichte werden sie nicht aufhalten können. Das ist uns ein Trost. Macht Frankreich vielleicht, daß es am Leben bleibt, wenn die Deutschen in Anschließung und Bekämpfung verkommen? Können die christlichen Völker Europas ruhig mit ansehen, wie die Deutschen dem Hungertode und dem Elend sukzessive ausgesetzt werden, um für Verletzungen ihrer früheren Herrschaft zu werden? Ich glaube nicht, daß sich der Welt Frankreich ändern wird, aber um so mehr müssen die einzelnen Staaten verhindern, daß der Zusammenbruch Europas durch die wahnwitzige Politik eines einzelnen Staates herbeigeführt werden kann. Wir Amerikaner müssen uns nicht das Recht an, selbst in die europäische Politik einzugreifen, aber man wird einsehen lernen, daß unter scharfer Augen die Verhältnisse richtig gesehen und beurteilt hat. Das dürfen wir frei und offen den Völkern in Europa sagen, denn mit dem Versailler Vertrag wird es nie Frieden geben. Am Schluß der Versammlung beantwortete ein französischer Schriftsteller, August Thomas, die Ausführungen des Senators, indem er hauptsächlich den Versailler Friedensvertrag verurteilte und in Schand nahm. — Senator Borah befaßt sich nun noch in andere Angelegenheiten, wo er gleichfalls sprechen wird.

Der Befehl der Pariser Presse.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“)
Paris, 20. Jan. Die Wehrzeit der französischen Morgenblätter kündigte dem Ministerpräsidenten Poincaré. Am „Echo de Paris“ heißt es, Poincaré habe eine Politik der Offenheit und des festen Willens proklamiert. Die Abkündigung sei ein vorzügliches Zeichen der nationalen Eingetrigkeit. Rumour sei Deutschland die letzte Warnung erteilt worden. Deutschland müsse diese Warnung vernehmen und sie verstehen. Auch Deutschland könne seine Methoden ändern. Frankreich fordere im Grunde genommen nichts anderes. Als Sieger werde Frankreich keine übertriebenen Forderungen stellen. Der „Eclair“ möchte aus der Rede des Ministerpräsidenten nicht herauslesen, daß dieser eine Politik der Provokation betreiben wolle, welche Frankreich isolieren könnte. — Wegethert ruft „Niagara“ aus: Endlich hat man das Gefühl, daß Frankreich eine Neukolonisation gefunden hat, die seiner würdig ist.

Veröffentlichung des Marineabkommens von Washington.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“)
Washington, 20. Januar. Das Marineabkommen zwischen den Vereinigten Staaten, England und Japan ist heute veröffentlicht worden. Es enthält keinerlei Erwähnung der Tatsache, daß der Schiffsraum für die drei genannten Staaten auf der Grundlage der Verhältniszahl 5:5:3 festgelegt werden kann. Diese Unterlagen erfolgten, um Japan in den Augen der Welt nicht als Macht zweiten Ranges erscheinen zu lassen. In einem späteren Abkommen jedoch, in dem der den einzelnen Staaten befallene Schiffsraum festgelegt wird, sind genaue Mitteilungen enthalten, aus denen hervorgeht, daß Amerika, England und Japan sich tatsächlich auf dieser Grundlage geeinigt haben. Das Kapitel über die Befestigungen im Stillen Ozean ist einmütig aus dem Vertrag ausgeschlossen. Es wurde beschlossen, daß diese Frage in dem Viermächteabkommen behandelt werden soll, das sich auf die Fragen des Stillen Ozeans bezieht. In neuen Bestimmungen enthält das Marineabkommen außer den bereits bekannten nur noch diejenigen, daß die Flugzeugbegleiterschiffe, denen ursprünglich nur 27000 Tonnen zuerkannt wurden, 30000 Tonnen groß sein dürfen. Ueber die Bewaffnung der Handelschiffe wird erklärt, daß deren Deck zu verhärtet werden dürfte, um im Kriegsfall die Aufstellung von leichtschüssigen Geschützen zu ermöglichen. Die ausstehenden Schiffe sind die ursprünglich beschlossenen. Ihre Fortführung muß innerhalb eines